Leute mit Ersparnissen
werden stets erreicht durch die deutschen Zeitungen und können zu soliden Geldanlagen bewogen werden in Grundeigentum oder etablierten Geschäften

Tägliche Omaha Tribüne

Wetterbericht.
Für Omaha und Umgegend: Schön und wärmer heute abend, Dienstag bewölkt u. warm.
Für Nebraska: Schön heute abend, wärmer im östlichen und südlichen Teil, Dienstag etwas bewölkt, kälter im Westen und wärmer im Osten.
Für Iowa: Schön und wärmer heute abend, Dienstag bewölkt und wärmer.

34. Jahrgang. Omaha, Nebr., Montag, den 9. April 1917. 8 Seiten.—No. 23.

Washington arbeitet an den Kriegsplänen!

Vorerst soll unsere Flotte den Atlantischen Ozean von deutschen Handelszerstörern und Tauchbooten säubern.

Pläne für die Schaffung einer großen Armee!

Washington, 9. April.—Alle Vorkehrungen zwecks gemeinsamen Vorgehens mit den Alliierten gegen Deutschland werden noch im Laufe dieser Woche getroffen werden. Wichtige Konferenzen zwischen Vertretern der Alliierten und dem Staatssekretär, dem Marine- und Kriegssekretär werden täglich stattfinden, um sich auf einen gemeinsamen Kriegsplan zu einigen. Vorläufig ist man darin übereingenommen, daß die amerikanische Flotte das Atlantische Meer von feindlichen Kaperschiffen und Tauchbooten säubern soll, während die bisher in amerikanischen Gewässern oder doch deren Nachbarschaft befindlichen Kriegsschiffe der Alliierten anderweitig verwendet werden.

Die organisierte Arbeiterschaft des Landes hat durch den Arbeiterführer Gompers das Versprechen gegeben, während der Dauer des Krieges keine Streiks anzuzetteln; Vorfälle, wie sie in England durch Streiks mitten im Kriege zu verzeichnen sind, werden sich hier nicht wiederholen.

Hauptsache aber ist, daß die Administrationsführer beschlossen haben, die ungeheuren Hilfsquellen der Ver. Staaten den Alliierten zu erschließen. Um die Finanznot der Alliierten zu heben, soll ihnen eine große Anleihe bewilligt werden. Man spricht von zwei bis fünf Milliarden Dollars; und nicht einen Cent Profit, so wurde versichert, wollen die Ver. Staaten an der Anleihe machen. Der Kongreß wird noch im Laufe dieser Woche angegangen werden, die diesbezüglichen gesetzlichen Formalitäten zu beschließen. Schatzamts- und Bundesbankreserve-Beamte sind der Ansicht, daß eine Bondsauflage von 6 Milliarden ohne Schwierigkeiten unterzubringen ist. Bonds der Ententemächte werden von der amerikanischen Regierung als Sicherheit für die gewährte Anleihe entgegen genommen; der Zinsfuß der fremden Bonds wird derselbe sein, wie der der heimischen 6 Milliarden Bondsausgabe. Es wird darauf hingewiesen, daß die Ententemächte, denen die Ver. Staaten im Kriege gegen Deutschland beigetreten sind, sofort Gelder bedürfen. Das amerikanische Volk ist in der Lage, diesem Wunsche in ausgedehnter Weise Rechnung zu tragen. Während die Ver. Staaten mit der Bildung und Ausrüstung eines Heeres beschäftigt sind, kann amerikanisches Geld bereits in Riesensummen in höchst wirksamer Weise als Waffe gegen Deutschland Verwendung finden.

Der Eintritt Kubas in den Krieg sowie die Möglichkeit des Beitritts mehrerer südamerikanischer Republiken dürften ihre Wirksamkeit auf die fernere Entwickelung der Dinge nicht verfehlen. Die hier eingelaufenen Berichte über die von Deutschen in Belgien verübten Grausamkeiten haben das Kriegsfieber nur noch erhöht; aus diesen Meldungen geht hervor, daß Deutschland ganz Belgien zu einem großen Internierungslager gestaltet habe.

Das Kriegsdepartement trifft Vorbereitungen zur Aufstellung eines Riesenheeres, hat aber gleichzeitig ein wachsames Auge auf die Vorgänge an der mexikanischen Grenze und im Inneren Mexikos selbst. Neueste von General Pershing eingetroffene Meldungen aber lassen erkennen, daß keinerlei Grund zu Befürchtungen vorliegt.

Das Staatsdepartement glaubt, daß es noch im Laufe des heutigen Tages offiziell von dem gemeldeten Abbruch der Beziehungen Oesterreich-Ungarns zu den Ver. Staaten erfahren wird.

Auch Kuba erklärt Deutschland Krieg!

Der deutsche Botschafter hat bereits seine Pässe zugestellt erhalten.

Havana, 9. April. — Präsident Menocoel hat Samstag abend die Kriegserklärung an Deutschland, welche im Laufe des Nachmittags von beiden Häusern des Kongresses einstimmig angenommen worden war, unterzeichnet. Der Kongreß hat den Präsidenten ermächtigt, alle Land- und Seestreitkräfte des Landes heranzuziehen, um den Krieg siegreich beenden zu können.

Dem deutschen Gesandten Dr. Friedrich von Verdi du Dunois wurden gestern seine Pässe zugestellt. Derselbe wird mit seiner Gesellschaft am 15. April nach Spanien abfahren. Der spanische Gesandte wird die deutschen Interessen hier vertreten.

Alles hängt vom U-Bootkrieg ab!

Amsterdam, üb. London, 9. April. Das in Chemnitz, Sachsen, erscheinende Sozialistenblatt „Volksstimme" erklärt, daß, sollte sich der unbeschränkte Tauchbootkrieg als ein Fehlschlag erweisen, Deutschland verloren sei. „Das haben wir alle gewußt," sagt die genannte Zeitung, „als der unbeschränkte Tauchbootkrieg angekündigt wurde."

Oesterreichische Kriegsanleihe.

Amsterdam, 7. April. — Nach einer Wiener Depesche ist amtlicher Meldung zufolge für die 5. österreichische Kriegsanleihe die Summe von 6,234,610,000 Kronen aufgebracht worden. Die 4. Anleihe belief sich auf 6,000,000,000 Kronen.

Keine Postbeförderung nach Deutschland.

Washington, 9. April. — Generalpostmeister Burleson hob heute den Postdienst nach Deutschland für die Dauer des Krieges auf und wies alle Postämter außerdem an, auch keine Post für Oesterreich-Ungarn, Luxemburg, Bulgarien anzunehmen.

Mexikos Haltung bald klargelegt!

Der neue Kongreß wird dieselbe bestimmen; keine deutschen Intrigen im Lande.

Stadt Mexiko, 9. April. — Den hiesigen Regierungskreisen nahestehende Kreise erklären, daß der neu erwählte Kongreß darüber entscheiden wird, welche Rolle Mexiko im Weltkriege spielen wird. Die Eröffnung desselben ist auf den 15. April festgesetzt.

Es scheint wahrscheinlich, daß sich General Carranza vorläufig jeder Meinungsäußerung enthalten wird, ehe der Kongreß seine Ansicht geäußert.

Pershing berichtet: Alles ruhig!

Washington, den 9. April.— Ein gestern vom General von Pershing eingetroffener Bericht an das Kriegsamt besagt, daß die Zustände längs der Grenze zufriedenstellend sind, und daß keine Anzeichen von deutschen Intrigen an der Grenze wahrnehm sind. Er befürchtet deshalb auch keinen Trubel. Dies hat die Behörden veranlaßt, den Gerüchten von einem Vordringen Villas nach der Grenze zu, keinen Glauben zu schenken.

Keine deutschen Intrigen in Mexiko.

Juarez, 9. April. — General Murgia hat sich nach Casas Grandes begeben, um Villa, der mit 3,000 Mann in dem 100 Meilen von dort gelegenen Namiquipa stehen soll, gegenüber zu treten.

Der General leugnete irgendwelche Kenntnis von deutschen Intrigen im nordöstlichen Teile Mexikos und begleitete einen Korrespondenten der Assoziierten Presse durch seine acht Truppenzüge, um ihn zu beweisen, daß sich unter seinen 4,000 Mann kein einziger Deutscher befindet. Er bezeichnet die Gerüchte von deutschen Komplotten in der mexikanischen Armee als lächerlich.

Erbitterte deutsche Preßstimmen über Wilsons Kriegskurs!

Amsterdam, 9. April. — Major Moraht greift in einem Artikel in der „Deutschen Tages Zeitung" in scharfer Weise den Präsidenten an und erklärt, daß dessen Bemühen dahinging, zwischen Oesterreich und Deutschland ob des U-Bootkrieges Zwistigkeit zu entfachen. Er bezeichnet des Präsidenten Botschaft als hinterlistig, heuchlerisch, prinzipienlos und unwahr. „Leute wie Wilson", sagt er unter anderem, „kann man nur mit reiner Gewalt bekehren."

Moraht weiß nicht, ob durch Amerikas Eingreifen in den Krieg, dieser ausgedehnt werden wird, bringt aber die Hoffnung zum Ausdruck, daß die deutsche Flotte Amerika allen möglichen Schaden zufüge, „und das Spiel der amerikanischen Finanziers verderben wird."

Die „Kölnische Zeitung" schließt mit einem Artikel:

„Amerika war bis dahin, so paradox es auch klingen mag, ein gefährlicherer Feind als Italien, da es die Alliierten mit Munition versah. Jetzt, da die Gefahr eine offene geworden ist, muß sie anhaltend abnehmen, dank der intensiven Tätigkeit unserer U-Boote. Amerikas Kriegserklärung ist nichts anderes, als ein „gigantischer Bluff", darauf berechnet, dem sinkenden britischen Freund zu helfen und die Milliarden zu retten, die auf das Ententepferd gesetzt wurden."

„Rheinisch-westphälische Zeitung": „Amerikas Eingreifen in den Krieg macht uns das Herz nicht sonderlich schwer. Wir haben uns bereits an den Kampf mit der ganzen Welt gewöhnt.

Unsere Feldgrauen, die bereits seit langem mit den amerikanischen Geschossen vertraut sind und sie von anderen dadurch zu unterscheiden wissen, daß sie früher als diese explodieren und in Splitter zerreißen, haben schon lange in Amerika einen Feind entdeckt. Ihre Ueberzeugung, daß sie den Sieg davontragen, wird durch die amtliche amerikanische Kriegserklärung nicht beeinträchtigt."

„Hannover Kurier": „Wir haben nie in Präsident Wilson ein moralisches Muster erblickt. Seine Handlungen und Noten atmeten soviel Heuchelei und Liebe zur Entstellung der Tatsachen, daß es nicht schwierig war, seine geistige Verwandtschaft zu England zu erkennen. Der uneingeschränkte U-Bootkrige kam ihm als ein Vorwand für Kriegserklärung sehr gelegen."

Nachdem erklärt worden ist, daß Präsident Wilson jedes deutsche Zugeständnis zurückwies nach Art eines eigensinnigen Schuljungen, fährt das Blatt fort:

„Wir haben keinen Krieg mit dem deutschen Volke", sagt Lügner Wilson, der deutsche Soldaten zu Hunderttausenden auf seinem bombensicheren Gewissen hat und gibt seiner Kriegserklärung eine Fassung, als ob er gegen die deutsche Regierung Krieg führen wolle. Das ist ebenso unaufrichtig, wie unklug und stupide."

Die „Neueste Nachrichten" in München erklären unter anderem: „Präsident Wilson hat in seiner puritanischen Engherzigkeit nie den deutschen Standpunkt begriffen. Der drohende Zusammenbruch der Entente auf den europäischen Schlachtfeldern und in den Blockadezonen hat für Wallstreet das Gespenst eines riesigen Krach hervorgerufen. Um diesem vorzubeugen, griff Amerika in den Krieg ein."

Graf Reventlow fordert „völligen Sieg."

Kopenhagen, über London, 9. April. — Graf von Reventlow von der „Tageszeitung" ist besorgt, daß, wenn Frieden eintritt, derselbe nicht alles das erfüllen wird, was die große Annektionen fordernde Parteien, von diesem erhoffen. Nur ein auf vollständigem Sieg beruhender Frieden, erklärt er, könne das monarchistische System Deutschlands retten, dessen Zerstörung der offenbare Zweck des Präsidenten Wilson und der Entente ist.

„Nation bleibt einig", sagt der „Vorwärts".

Der „Vorwärts" gibt der Ansicht Ausdruck, daß der Frieden doch bald Tatsache werden möge und fährt fort: „Vorläufig müssen wir allerdings damit rechnen, daß sich ein neuer Feind gegen uns erhoben hat, welcher aber seine starken Kräfte nur langsam entfalten kann. Wir müssen damit rechnen, daß bei der kommenden Friedenskonferenz, welche, wie wir hoffen, bald stattfinden wird, Amerika bei unseren Gegnern sitzen wird. Das ist die Lage, welche neue Volksleidenschaften entfesseln wird, denen wir mit Ernst und Ruhe begegnen müssen. **Die Nation in Uniform und in Zivil wird ihre Pflicht tun."**

Die patriotische Feier am Samstag!

Große Menschenmenge fand sich im Auditorium ein und nahm die Reden mit Beifall auf.

Zu der patriotischen Versammlung Samstag abend im Auditorium hatten sich über 4000 Menschen eingefunden, die mit großem Interesse den Reden lauschten und ihren Patriotismus durch lauten Beifall bekundeten.

Die Halle war für die Gelegenheit prächtig dekoriert. Die Ausschmückung und Beleuchtung der Bühne zeigten die Meisterhand des Herrn J. Zimman von der elektrischen Licht-Gesellschaft. Die Bühne prangte im Schimmer der Landesfarben und zu beiden Seiten flatterten die Flaggen, von elektrischen Fächern in Bewegung gehalten.

Eine Musikkapelle spielte patriotische Weisen und zwischen den Reden sang die Volksmenge die vaterländischen Lieder mit Musikbegleitung.

Richter W. D. McHugh war Vorsitzer der Versammlung und eröffnete sie mit einer kurzen Rede, deren hervorragendste Stelle folgende war: „Bis eine Entscheidung getroffen war, hatte jedermann ein Recht zu seiner Meinung. Als der Entschluß gefaßt war, — und er lautet für Krieg — mußten alle widersprechenden Ansichten in Vergessenheit geraten. Es ist ebenso notwendig für den Erfolg der Demokratie, daß Einigkeit nach der Entscheidung herrscht, als freie Debatte vor der Entscheidung."

Der erste Redner, Herr Richard L. Metcalfe, sprach seinen Abscheu über den Krieg und sein Mitgefühl für die Mütter von Europa aus, die ihre Söhne für eine ungerechte Sache hinschlachten müßten. Anders sei das mit Amerika, das für die edelsten Menschenrechte in den Krieg gehe und deshalb lasse er seine Söhne mit seinem Segen mit der Roosevelt-Brigade in den Krieg ziehen. Er griff dann die deutsche Regierung unter seiner bekannten Bezeichnung „Kaiserism" an, das er als überlebte Autokratie bezeichnete, die Amerika zertrümmern werde. Für die deutschamerikanischen Bürger, sagte er, habe er aufrichtiges Mitgefühl, er hege aber die Ueberzeugung, daß sie den Tag eines besseren Deutschland erleben würden, wenn das Volk regieren werde, anstatt ein verlottertes Kaisertum.

Frederic Coudert, seit Jahren Vertreter der Hochfinanz in Europa und legaler hiesiger Vertreter Frankreichs, hielt eine Rede, die auf die Schürung von Haß berechnet war. Er erzählte von den angeblichen Greueltaten der Deutschen in Belgien und Frankreich, die niemals bewiesen wurden. Das Manifest des Sozialisten Liebknecht wurde in solcher Weise von ihm verlesen, daß die Zuhörer annehmen mußten, es sei die Auslassung der ganzen sozialistischen Partei. Eine derartige Handlung ist entschieden zu verwerfen. Wir Amerikaner sollten nicht dulden, unseren Patriotismus auf Haß und Entstellungen hin anfachen zu lassen. Das Volk hält zur Regierung, ohne daß ihm internationale Hetzer, die die Greuel des Weltkrieges immer weiter verbreiten, zweifelhafte Sachen und Entstellungen unterbreiten.

Eine interessante Rede hielt der frühere Kriegsminister Henry L. Stimson. Seine mit großem Nachdruck gemachte Erklärung, in Zukunft gibt es nur „Amerikaner oder Verräter", brachte die Versammlung auf die Füße und ein starker Beifallsausbruch erfolgte. Herr Stimson erzählte, wie Deutschland, falls es die Freiheit der Meere erkämpft habe, eine Armee von über 350,000 Mann an der Küste der Ver. Staaten landen und bald ein Gebiet mit 20 Millionen Einwohner besetzen könnte. Wir seien wehrlos und müßten uns rüsten. Die allgemeine Dienstpflicht müßte eingeführt werden. Der Krieg werde von uns ungeheure Opfer fordern, denn es würde ein gigantischer Kampf werden. Wir müßten die Alliierten mit Geld, Schiffen und Mannschaften unterstützen. Armeen müßten hinübergesandt werden. Der Ausgang des Kampfes sei noch zweifelhaft, denn man wüßte nicht, ob in der Zwischenzeit den Alliierten auf dem Schlachtfelde nicht ein Unglück passieren könne. Sollte eine große Land- oder Seeschlacht verloren gehen, bevor Amerika kampfbereit sei, wäre die Niederlage der Alliierten nicht zu verhindern. Jeder Bürger habe Pflichten seinem Lande gegenüber, und diese bestehe in der allgemeinen Wehrpflicht, für deren Einführung jedermann wirken solle. Er sagte, die Deutschamerikaner seien dafür. So sei z. B. Herr C. J. Ernst, Präsident des Schulrats, in seiner kürzlichen Rede an die Eingewanderten dafür eingetreten.

Zum Schlusse sang die Versammlung das Lied „America".

Die Ver. Staaten gegen Argentinien!

Wollen den südamerikanischen Staat zwingen, sein Weizenausfuhrverbot aufzuheben.

Washington, 9. April. — Die Bundesregierung dürfte alle Kohlenausfuhr nach der südamerikanischen Republik Argentinien verbieten, sollte dieselbe sich auch fernerhin weigern, den Alliierten Getreide zukommen zu lassen. (Schon seit geraumer Zeit hatte Argentinien die Ausfuhr von Weizen nach den Ländern der Alliierten verboten.)

Argentiniens Bevölkerung erregt.

Buenos Aires, 9. April. — Die Bevölkerung Argentiniens ist erregt über die Berichte, daß sich die Ver. Staaten Regierung England angeschlossen und gedroht haben, die Kohlenzufuhr nach Argentinien einzustellen, fallt das von der Regierung Argentiniens erlassene Weizenausfuhrverbot nicht aufgehoben wird. Hier heißt es, daß sich der Berater des Staatssekretärs mit dem britischen Botschafter in Washington über diese Angelegenheit beraten hat. Die argentinische Regierung ist über diese Drohung der Ver. Staaten höchst erbittert.

Hochwasser fordert in Nord-Dakota 5 Opfer!

Bismark, N. D., 9. April.— Der Missouri hat gestern hier 5 Menschen den Tod gebracht und ein sechster liegt im sterbenden Zustand hier danieder.

Infolge des Hochwassers war der Bahnverkehr unterbrochen worden, und die sechs Mann hatten versucht, in einem Boot von Mandan, S. D., nach hier den Fluß zu kreuzen. Von den gewaltigen Strömungen erfaßt, schlug das kleine Fahrzeug jedoch um und 5 der Insassen fanden ein Wellengrab. M. H. Lang von Mandan wurde gerettet, doch ist sein Zustand derartig, daß jeden Augenblick sein Tod erwartet wird.

Der niedere Teil der Stadt steht in Gefahr überschwemmt zu werden; ein Teil von Mandan steht bereits unter Wasser.

Alliierte verlieren 161 Flugmaschinen!

Berlin, über London, 9. April.— Das Kriegsamt meldete gestern: „Unsere Gegner, darunter Amerikaner, die sich in dem feindlichen Fliegerdienst lange vor der amerikanischen Kriegserklärung befanden, verloren im Monat März 161 Aeroplane und 19 Fesselballons. Die Deutschen büßten während derselben Zeitperiode 45 Aeroplane ein.

Billy Sunday macht in New York sein Debut!

New York, 9. April. — Mit dem bekannten Tamtam der Zirkuskünstler machte der „Evangelist" Billy Sunday heute sein Debut in der Metropole am Hudson. Er donnerte unter dem Beifall einer nach zehntausenden zählenden sensationslustigen Menge seine bekannten Schimpfereien gegen den Alkohol, Brauer, Destillateur, Wirt und alle, die das „Teufelszeug" trinken.

Als neues Mittel, die Leidenschaften der Menge zu erregen, schimpfte er, was mit seiner „Bekehrung" doch garnichts gemein hat, gegen den fluchwürdigen preußischen Militarismus. Er verpflichtete sich, seine ganzen Einnahmen aus der Bekehrungskampagne in New York dem amerikanischen Roten Kreuz und der Y. M. C. A. für den Felddienst zu überweisen.

Seemilizen zur Küste.

Chicago, Ill., 9. April. — Zehn Abteilungen der Flottenmiliz von Illinois sind heute zum Kriegsdienst nach dem Osten abgereist. Die Abfahrt der 450 Mann gab in der unteren Stadt und auf dem Union Bahnhof zu patriotischen Demonstrationen Veranlassung. Dieselben erreichten ihren Höhepunkt, als Hauptmann Evers seine Leute, kurz ehe sie den Zug bestiegen, mit folgenden Worten anredete: „Leute, Euer Land hat Euch gerufen, Eure Pflicht zu tun. Geht und tut Eure Pflicht!"

Bau von 38 Tauchbooten.

Washington, 9. April. — Nächsten Mittwoch werden die Angebote für den Bau von 38 Tauchbooten geöffnet werden.

Der Kaiser verspricht Wahlreformen!

Die deutsche Presse drückt darüber Befriedigung aus und hofft auf baldige Durchführung des gegebenen Versprechens.

Kaiser will damit bis nach dem Kriege warten!

Berlin, über London, 9. April. — Das vom Kaiser in formeller Weise gegebene Versprechen, Wahlreformen nach dem Kriege einzuführen, ist von den meisten Zeitungen freudigst begrüßt worden. Eine Anzahl liberalerer Zeitungen lassen deutlich erkennen, daß die gemachten Versprechungen nicht weit genug seien, um allgemeine Zufriedenheit zu geben.

Der „Vorwärts", das Organ der Sozialisten, schreibt: „Das vom Kaiser gemachte Versprechen wird den Sozialisten sicher gefallen, doch wollen diese nur Taten sehen."

„Der Kaiser verspricht nur eine geheime allgemeine Abstimmung, deshalb muß der Kampf für das allgemeine Wahlrecht fortgesetzt werden!" So äußert sich die „Vossische Zeitung".

Die „Tägliche Rundschau" erklärt: „Somit wurde mit wenigen Federstrichen das erreicht, was Jahre lange Agitation und Konferenzen nicht zu bewerkstelligen vermochten."

„Dank des Eingreifens des Kaisers," schreibt der „Lokalanzeiger", „ist ein unangenehmer Streit im Innern des Reiches beigelegt worden. Sein Versprechen wird außerhalb des Landes seine gute Wirkung nicht verfehlen, indem der Nachweis geliefert wird, daß kein Eingreifen von außerhalb geduldet wird und daß das deutsche Volk in Treue fest zum deutschen Kaiser und dem Feldmarschall v. Hindenburg steht."

Das „Tageblatt" schreibt: „Wir wünschten, daß das vom Reichskanzler gegebene Versprechen betreffs der Wahlreform sofort zur Tat werde; aber der Wert des vom Kaiser gemachten Vorschlags ist nicht gering. Wahlreform ist nur eine der vielen Reformen, deren Deutschland bedarf."

Kaiser für Wahlreform.

Amsterdam, 9. April, über London. — Kaiser Wilhelm hat den Reichskanzler angewiesen, Pläne zwecks Wahlreform in Preußen auszuarbeiten. Dieselben sollen nach Schluß des Krieges in der nationalen gesetzgeberischen Körperschaft beraten und angenommen werden. In betreffendem Befehl heißt es:

„Nie zuvor hat sich das deutsche Volk so fest und einmütig gezeigt, wie gerade während dieses Krieges. Das Bewußtsein, daß das deutsche Vaterland in bitterer Selbstverteidigung kämpft, hat eine wunderbare Aussöhnungskraft gezeitigt und trotz aller Opfer auf den Schlachtfeldern und harter Entbehrungen daheim, ist dessen Entschluß, das Letzte für den schließlichen Sieg einzusetzen, unwandelbar.

Der nationale und soziale Gedanke haben sich einander verstanden und stehen geeint da. Beide wissen, was während der langen Friedenszeit und unter vielen inneren Kämpfen aufgebaut worden ist. Um dieses zu kämpfen, war schon der Mühe wert. Klar vor meinen Augen stehen die Taten der ganzen Nation in Kampf und Not. Dieser Kampf um das Bestehen des Reiches schafft mit hohem Ernst eine neue Zeit.

Es ist jetzt Ihre Sache als verantlicher Kanzler des Deutschen Reichs und erster Minister meiner Regierung in Preußen zu helfen, dem Gebot der Stunde zu entsprechen und die richtigen Mittel und Wege zu finden, unser politisches Leben so zu gestalten, Platz für ein freies und freudiges Zusammenarbeiten unseres ganzen Volkes zu schaffen.

Die Prinzipien, die Sie in dieser Hinsicht bereits dargelegt haben, finden meine Unterstützung. Ich bin überzeugt, daß ich damit den Weg meines Großvaters, des Gründers des Deutschen Reiches, als König von Preußen wandele und damit eine Lage schaffe, wonach das deutsche Volk diese blutige Zeit überwinden wird. Die Beibehaltung der Heeresmacht als eine wahre Volksarmee und die Förderung des sozialen Lebens der Bevölkerung aller Klassen war seit Beginn meines Regierungsantritts mein Bestreben. In dieser Absicht, wenn ich auch ein gerechtes Gleichgewicht zwischen dem Volk und der Monarchie halte, um dem Wohlergehen beider zu dienen, bin ich entschlossen, ein inneres politisches, ökonomisches und soziales Leben aufzubauen, sobald die Kriegslage dieses gestattet.

Da sich Millionen unserer Landeskinder im Felde befinden, muß die Meinungsverschiedenheit hinter der Front, die bei einem soweit reichenden Wechsel der Konstitution nur natürlich ist, im höchsten Interesse des Vaterlandes so lange gedulden, bis die Krieger wieder nachhause zurückkehren und diese selbst imstande sind, sich an der Abstimmung über die Neuordnung der Dinge zu beteiligen."

Britisches Gefasel.

London, 9. April. — Die Autokratie in Deutschland muß heute mehr denn je zuvor beunruhigt sein, denn das Volk fordert Wahlreformen. Es ist bezeichnend, daß jetzt auch der Kaiser, nachdem der Reichskanzler bereits Wahlreformen versprochen hat, mit fast demselben Versprechen vor die Oeffentlichkeit getreten ist. Der Kaiser aber hat auch ebenso wie Bethmann Hollweg den Wunsch ausgesprochen, daß mit den Wahlreformen bis nach der Heimkehr der Krieger gewartet werden soll. Des Kaisers Osterbotschaft gibt dem Reichskanzler den speziellen Auftrag, „ihm genaue Vorschläge des Staatsministeriums zu unterbreiten, damit nach der Heimkehr unserer Krieger diese Arbeit, die für die innere Formation Preußens von größter Wichtigkeit ist, durch die Gesetzgebung ausgeführt werden kann."

Sonderfriede mit Rußland in Sicht?

Ministerpräsident Tisza erklärt, Anzeichen des Friedens mit Rußland zu sehen.

Kopenhagen, über London, 9. April. — Das in deutschen Zeitungen erörterte Friedensgerede, unbestimmt, wie es auch sein mag, nimmt dennoch in Deutschland und Oesterreich-Ungarn größeres Interesse in Anspruch, wie der Eintritt der Ver. Staaten in den Krieg. Der ungarische Ministerpräsident Tisza veröffentlicht in einem angesehenen ungarischen Wochenblatt einen hoffnungsfreudigen Osterartikel, in welchem er sagt, daß er Friedensanzeichen am östlichen Horizont erblickt, doch kann die Kriegsfackel auch noch toller aufflammen. „Die Festungswälle unserer Feinde," sagte er, „beginnen Risse aufzuweisen. Die Ereignisse in Rußland werfen auch anderswärts ihre Schatten voraus." (Aller Wahrscheinlichkeit nach meint der Ministerpräsident damit Italien.) „Das Ziel der Zentralmächte ist ein dauernder Friede für die ganze Menschheit. Die deutschen Verbündeten werden bald die Früchte ihrer Kämpfe einheimsen können."

Präsident Wilson an König Georg!

London, 9. April. — Präsident Wilson hat König George betreffs dessen Gratulation über den Eintritt der Ver. Staaten in den Krieg folgendes Telegramm gesandt:

„Ihre ausdrucksvolle Depesche erreicht mich in diesem kritischen Augenblick unseres nationalen Daseins als ein Beweis der Gleichgesinnung unter den freien Völkern der Welt, die jetzt bestrebt sind, ihre Ideale zu verteidigen, den Segen nationaler Unabhängigkeit zu genießen und die Menschenrechte aufrecht zu erhalten. Im Namen des amerikanischen Volkes und dessen Regierung, auf dessen Führung sie baut, danke ich Ihnen für die ermutigenden Worte."

Dampfer „St. Louis" glücklich daheim!

New York, 9. April. — Der Dampfer „St. Louis" von der American-Linie, der erste bestückte amerikanische Dampfer, der nach England abfuhr, ist heute hier wieder angelangt. Er war am 17. März von New York abgefahren und am 26. März in England eingetroffen.